



Quelle: Parlamentsdienste 3003 Bern

**Vorschau
Sommersession 2022**

Kontakt

Für weiterführende Informationen stehen Ihnen der Präsident, die Dossierverantwortlichen und die Kommunikationsverantwortliche jederzeit sehr gerne zur Verfügung.

Zögern Sie nicht, uns zu kontaktieren:



Adrian Wüthrich
Präsident / Sozialpolitik
031 370 21 17
079 287 04 93
wuethrich@travailsuisse.ch



Dr. Thomas Bauer
Wirtschaftspolitik
031 370 21 11
077 421 60 04
bauer@travailsuisse.ch



Valérie Borioli Sandoz
Gleichstellungspolitik
031 370 21 47
079 598 06 37
borioli@travailsuisse.ch



Gabriel Fischer
Bildungspolitik
031 370 21 11
076 412 30 53
fischer@travailsuisse.ch



Linda Rosenkranz
Kommunikation
031 370 21 18
079 743 50 47
rosenkranz@travailsuisse.ch



Denis Torche
Umwelt-, Steuer- und
Aussenpolitik
031 370 21 16
079 846 35 19
torche@travailsuisse.ch

Nationalrat

Erste Woche

30.5.	21.512 ¹	Pa. Iv. Kamerzin. Gleichstellung von Witwen und Witwern über 45 Jahren.... → Ja 5
1.6.	22.403	Pa. Iv. WBK-NR. Verlängerung der Bundesbeiträge an die familien-ergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024 → Ja 5
	20.3683 ²	Mo. Feri Yvonne. Bedarfsabhängige Kinderzulagen..... → Ja 5
	20.3806 ²	Po. Piller Carrard. Anders in die Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung investieren → Ja 5
	20.3823 ²	Mo. Prelicz-Huber Katharina. Rahmengesetz für die Existenzsicherung..... → Ja 6
	20.3833 ²	Mo. Silberschmidt. Nachhaltige Finanzierung der AHV für alle Generationen sicherstellen. Netto null AHV-Defizite bis ins Jahr 2050 → Nein 6

Zweite Woche

8.6.	22.3392 ³	Mo. SPK-NR. Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen → Ja 6
9.6.	22.3390	Po. WBK-NR. Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses → Ja 6
	22.3391	Mo. WBK-NR. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraumes Schweiz positionieren → Ja 6

Dritte Woche

13.6.	22.3012	Mo. APK-NR. Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandorts → Ja 7
14.6.	21.501	Pa. Iv. UREK-NR. Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050 → Ja 7
16.6.	21.063	Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenvorschlag → Ja 7
	22.3008	Mo. Ständerat (FK-SR). Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten → Ja 8

¹ Parlamentarische Initiativen 1. Phase (weiter am 2., 7., 8., 9., 14., 15., 16. Juni)

² Parlamentarische Vorstösse aus dem EDI (weiter am 16. Juni)

³ Parlamentarische Vorstösse aus dem EFD (weiter am 16. Juni)

Ständerat

Erste Woche

31.5. **21.048** Postorganisationsgesetz (POG). Teilrevision → Nein **9**

Zweite Woche

8.6.	19.3373	Mo. Nationalrat ((Kiener Nellen) Seiler Graf). EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen	
	19.4110	Mo. Nationalrat (Marti Min Li). Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbstständigerwerbenden	→ Ja 9
	22.3370	Po. SGK-SR. Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten	→ Ja 9

Dritte Woche

13.6.	21.4339	Mo. Nationalrat (SGK-NR). Den Erwerb von Wohneigentum mit Hilfe der zweiten Säule erleichtern	→ Nein 9
	21.3440	Po. Rieder. Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer.....	→ Ja 10
13.6.	22.3228	Mo. Salzmann. Den Mittelstand aufgrund der stark gestiegenen Benzin- und Dieselpreise entlasten. Den Berufskostenabzug für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte auf 6'000 Franken anheben	
	22.3243	Mo. Knecht. Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft	
	22.3244	Mo. Chiesa. Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft	
	22.3356	Mo. Chiesa. Explodierte Benzin-, Diesel- sowie Brennstoffpreise für den Mittelstand und das Gewerbe senken	→ Nein 10
14.6.	20.089	BVG-Reform.....	→ s. Details 11
	22.3237	Po. Gapany. Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern	→ Ja 11
	21.032	Entsendegesetz (Änderung)	→ Ja 11
	20.4738	Mo. Ettlín Erich. Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen.....	→ Nein 11

Nationalrat

Montag, 30. Mai / Parl. Initiativen 1. Phase (weiter am 2., 7., 8., 9., 14., 15., 16. Juni)

21.512 Pa.Iv. Kamerzin. Gleichstellung von Witwen und Witwern über 45 Jahren

Mit der parlamentarischen Initiative soll das Bundesgesetz über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHVG) so geändert werden, dass auch Witwer Anspruch auf eine Rente erhalten und nicht nur Witwen. Travail.Suisse setzt sich für die Gleichstellung der Geschlechter ein und befürwortet deshalb den Abbau dieser rechtlichen Diskriminierung von Männern. Auch der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte hat ein entsprechendes Urteil gegen die Schweiz gefällt.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.*

Mittwoch, 1. Juni

22.403 Pa. Iv. WBK-NR. Verlängerung der Bundesbeiträge an die familienergänzende Kinderbetreuung bis Ende des Jahres 2024

Die mehrfach verlängerten Finanzhilfen für die familienergänzende Kinderbetreuung sollen in eine dauerhafte Unterstützung des Bundes umgewandelt werden. Zu diesem Zweck erarbeitet die WBK-N aktuell ein entsprechendes Gesetz, welches Ende 2024 in Kraft treten soll. Obwohl seit 2003 dank des Impulsprogramms des Bundes Zehntausende von Betreuungsplätzen geschaffen werden konnten, sind die Bedürfnisse der Familien noch immer nicht gedeckt. Da das geltende Fördersystem im Juni 2023 auslaufen wird, die Ausarbeitung des Nachfolgegesetzes aber mehr Zeit in Anspruch nehmen wird, fordert die parlamentarische Initiative eine Verlängerung des Impulsprogramms.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die parlamentarische Initiative zur Annahme.*

Mittwoch, 1. Juni / Parlamentarische Vorstösse EDI

 (weiter am 16. Juni)

20.3683 Mo. Feri Yvonne. Bedarfsabhängige Kinderzulagen

Die hohen Kinderkosten stellen in der Schweiz ein erhöhtes Armutrisiko für einkommensschwache Familien dar, insbesondere für Alleinerziehende und kinderreiche Familien. So lebt jeder achte Einelternhaushalt in der Schweiz unter der Armutsgrenze. Die heutigen Familienzulagen werden den sehr hohen Kinderkosten nicht gerecht. Während die direkten Kinderkosten weiter angestiegen sind (auf 942 Franken pro Monat bei einem Kind, 1507 Franken bei zwei Kindern), stagnieren die Familienzulagen auf tiefem Niveau. Der Bundesrat soll deshalb beauftragt werden, eine Gesetzesänderung vorzulegen, damit die heutigen Familienzulagen bedarfsabhängig ausgestaltet werden können und so einen wirksamen Beitrag gegen die Familienarmut in der Schweiz leisten.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

20.3823 Po. Piller Carrard. Anders in die Institutionen der familienergänzenden Kinderbetreuung investieren

Das Postulat fordert eine Studie zu den wirtschaftlichen und sozialen Folgen einer kostenlosen familienergänzenden Kinderbetreuung für Familien, in denen beide Elternteile erwerbstätig sind. Es gilt, mehr über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Massnahme in Erfahrung zu bringen. Ob es nun um die Erhöhung des Arbeitskräftepotenzials auf dem Arbeitsmarkt und die damit verbundenen Steuereinnahmen geht oder um die Armut von Familien und die Frühförderung von Kindern – die Frage verdient es, detailliert untersucht zu werden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

20.3823 Mo. Prelicz-Huber Katharina. Rahmengesetz für die Existenzsicherung

Mit dem geforderten Rahmengesetz für die Existenzsicherung kann die Armutsbekämpfung schweizweit modernisiert werden. Dazu gehören auch existenzsichernde Löhne, weshalb bereits mehrere Kantone Mindestlöhne festgesetzt haben. Die Stärkung der Grundkompetenzen sowie der beruflichen Qualifikationen der Sozialhilfebeziehenden ist eine weitere wichtige Massnahme. Der Vorstoss sieht einen fairen Lastenausgleich vor. Für Travail.Suisse muss die Armutsbekämpfung zu einer dauerhaften Bundesaufgabe werden. So wird verhindert, dass Armut von Generation zu Generation weitervererbt wird, beziehungsweise dass sie überhaupt entsteht.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

20.3833 Mo. Silberschmidt Andri. Nachhaltige Finanzierung der AHV für alle Generationen sicherstellen. Netto null AHV-Defizite bis ins Jahr 2050

Diese Motion hat einen Leistungsabbau bei der AHV zum Ziel, im gleichen Umfang wie zusätzliche Einnahmen beschlossen werden. Diese einseitige Betrachtungsweise ist falsch. Mehr Einnahmen als Einsparungen sollen je nach politischen Entscheiden möglich sein, zumal die AHV-Renten existenzsichernd sein müssen. Mit der Anforderung, dass der AHV-Fonds in der Regel nicht unter den Betrag einer Jahresausgabe sinken soll, besteht bereits eine klare Zielsetzung. Weitergehende Zielvorgaben für die nächsten 28 Jahre sind nicht praktikabel. Die Sicherstellung der Finanzierung der Renten ist eine Daueraufgabe der Politik. Zudem: Der Motionär hat auf Grund der Ablehnung dieser Motion durch den Bundesrat die Motion 20.4078 ohne den Satz «Dieses Ziel soll mit ausgaben- und einnahmenseitig zu gleichen Teilen ausgewogenen Massnahmen umgesetzt werden.» eingereicht. Diese Motion haben der Bundesrat und Travail.Suisse unterstützt. Der Nationalrat hat sie am 18. Dezember 2020 an den Ständerat überwiesen. Die Motion 20.3833 ist somit obsolet.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

Mittwoch, 8. Juni / Parlamentarische Vorstösse EFD (weiter am 16. Juni)

22.3392 Mo. SPK-NR. Erweiterte Härtefallregelung zum Zugang zu beruflichen Ausbildungen

Die Motion fordert einen erleichterten Zugang zur beruflichen Ausbildung für abgewiesene Asylsuchende und Sans-Papiers. Zu diesem Zweck soll die erforderliche Aufenthaltsdauer von fünf auf zwei Jahre reduziert werden und auch jungen Menschen offenstehen, welche die obligatorische Schule in der Schweiz während weniger als zwei Jahren besucht haben. Es sollte zudem die Möglichkeit geprüft werden, ein anonymisiertes Gesuch einzureichen. Die aktuelle Gesetzgebung ist zu restriktiv, zwischen 2013 und 2020 konnten nur 61 junge Sans-Papiers in der ganzen Schweiz von der Ausnahmeregelung profitieren. Eine flexiblere Regelung liegt nicht nur im Interesse dieser Jugendlichen, damit sie eine Berufsausbildung erwerben können, sondern auch im Interesse der Wirtschaft (aufgrund der grossen Anzahl an offenen Lehrstellen) und der Gesellschaft (Vermeidung von Perspektivlosigkeit bei jungen Sans-Papiers, die zu Kriminalität führen kann).

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

Donnerstag, 9. Juni

22.3390 Po. WBK-N. Für Chancengleichheit und die Förderung des akademischen Nachwuchses

Das Postulat fordert vom Bundesrat eine Bestandesaufnahme zu den Themen Gleichstellung und Prekarität des Nachwuchses an Schweizer Hochschulen. Dabei sollen insbesondere die Schaffung stabiler Stellen im Mittelbau und deren Finanzierung geprüft werden. Travail.Suisse begrüsst eine grössere Sicherheit bei den Anstellungsbedingungen des akademischen Nachwuchses. Die Gleichstellungsproblematik im akademischen Mittelbau ist evident und stellt eine entscheidende Hürde für die Chancengleichheit in der Hochschullandschaft dar.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

22.3391 Mo. WBK-N. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraumes Schweiz positionieren

Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung leistet einen wichtigen Beitrag für eine erfolgreiche Berufs- und Studienwahl und unterstützt Erwachsene bei allen Fragen der Laufbahngestaltung. Die Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt werden die Bedeutung und Wichtigkeit dieser Dienstleistungen weiter steigern. Mit «viamia» liegt ein wichtiges Pilotprojekt und mit der nationalen Strategie ein Instrument zur weiteren Koordination einer qualitativ hochstehenden Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung vor. Um diese Aufgaben nachhaltig zu sichern, braucht es eine beständige Finanzierung. Travail.Suisse begrüsst daher eine Positionierung der Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung als Teil des Bildungsraums Schweiz im Rahmen der BFI-Botschaft 2025-2028.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

Montag, 13. Juni

22.3012 Mo. APK-NR. Dringliche Massnahmen zugunsten des Schweizer Forschungs-, Bildungs- und Innovationsstandorts

Die Motion verlangt vom Bundesrat, Verhandlungen mit der EU zur Assoziierung der Schweiz als Drittland bei Horizon Europe, Digital Europe, ITER, Euratom und Erasmus+ aufzunehmen. Dabei soll auch eine einmalige Erhöhung des Schweizer Kohäsionsbeitrags geregelt werden. Der Forschungs- und Innovationsplatz Schweiz wird ohne Assoziierung stark geschwächt. Eine Aufhebung der sachfremden Verknüpfung von Fragen zur Zukunft des bilateralen Weges mit institutionellen Fragen im Zusammenhang mit der Assoziierung an die EU-Programme ist möglichst rasch anzustreben – nicht zuletzt da die Klärung dieser Fragen deutlich mehr Zeit in Anspruch nehmen wird. Travail.Suisse unterstützt die Ausrichtung einer zusätzlichen Kohäsionszahlung für eine rasche (Wieder-)Beteiligung an den europäischen Kooperationsprogrammen im Bereich der Forschung und Bildung.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

Dienstag, 14. Juni

21.501 Pa. Iv. UREK-NR. Indirekter Gegenentwurf zur Gletscher-Initiative. Netto-Null-Treibhausgasemissionen bis ins Jahr 2050

Die zuständige Kommission des Nationalrats hat beschlossen, der Gletscher-Initiative einen indirekten Gegenentwurf gegenüberzustellen, um schneller eine wirksame Lösung auf Gesetzesebene zu finden. Vor dem Hintergrund der klimatischen Dringlichkeit befürwortet Travail.Suisse diese Gesetzesrevision grundsätzlich, da sie schneller umzusetzen ist als eine Verfassungsrevision. Zu unterstützen sind insbesondere Gesetzesänderungen, die Zwischenziele und Sozialverträglichkeit vorsehen. Insbesondere sind Massnahmen notwendig, die verhindern, dass die Klimapolitik tiefe und mittlere Einkommen benachteiligt. Ausserdem ist es von entscheidender Bedeutung, dass die Auswirkungen des Klimawandels auf den Arbeitsmarkt und die Beschäftigung stärker berücksichtigt werden. Andernfalls droht bei einer Volksabstimmung eine weitere Niederlage.

→ *Travail.Suisse unterstützt den indirekten Gegenentwurf.*

Donnerstag, 16. Juni

21.063 Maximal 10% des Einkommens für die Krankenkassenprämien (Prämien-Entlastungs-Initiative). Volksinitiative und indirekter Gegenentwurf.

Die Initiative fordert, dass Versicherte maximal 10% ihres verfügbaren Einkommens für die Krankenkassenprämien aufwenden müssen. Insbesondere für Normalverdienende sind die stetig steigenden Krankenkassenprämien eine grosse und wachsende finanzielle Belastung. Die Folgen davon sind zunehmende Zahlungsausstände bei den Krankenkassenprämien und ein teilweiser Leistungsverzicht. Die kantonalen Prämienverbilligungen führen zudem zu einer nicht zu rechtfertigenden Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen. Die Bezügerquoten

bei individuellen Prämienverbilligungen variieren je nach Kanton zwischen 19% (NE) und 36% (LU, SH, VD). Des Weiteren bestehen massive Unterschiede beim Ausmass der Prämienverbilligungen. Während im Kanton Bern beispielsweise 369 Franken pro Einwohner/in eingesetzt werden, sind es im Kanton Basel Stadt 1'039 CHF. Es besteht somit dringlicher Handlungsbedarf, sowohl hinsichtlich der finanziellen Belastung der Haushalte, als auch bei der Reduktion der Ungleichbehandlung zwischen den Kantonen. Flankierend braucht es allerdings auch weitere kostendämpfende Massnahmen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Volksinitiative zur Annahme.*

22.3008 Mo. Ständerat (FK-SR). Unterstützung der Durchführung der SBB-Investitionen und einer langfristigen Vision in Covid-19-Zeiten

Die Motion beauftragt den Bundesrat, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, um die durch die Covid-19-Pandemie verursachten Defizite der SBB als ausserordentlich zu betrachten und dementsprechend der SBB kompensatorische Finanzhilfen zu gewähren. Die SBB war von den Auswirkungen der COVID-19-Pandemie schwer betroffen. Das Unternehmen wies im Jahr 2020 ein Defizit von 617 Millionen Franken auf, wobei die Zahl der Kundinnen und Kunden um mehr als ein Drittel zurückging. Die wirtschaftliche Stabilität der SBB, die für die Verkehrspolitik von grosser Bedeutung ist, ist gefährdet. Es braucht Massnahmen, welche die geplanten Investitionen der SBB langfristig sichern. Sie verhindern, dass Druck auf die Personalkosten ausgeübt wird und stellen sicher, dass die Entwicklung des Schienennetzes weiter vorangetrieben wird.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Annahme.*

Ständerat

Dienstag, 31. Mai

21.048 Postorganisationsgesetz (POG). Teilrevision

Die Revision sieht zum einen vor, dass PostFinance eigenständig Kredite und Hypotheken vergeben kann, und zum anderen ihre Privatisierung und somit eine Trennung vom Postkonzern. Travail.Suisse unterstützt den Zugang der PostFinance zum Markt für Kredite und Hypotheken. Eine vollständige Privatisierung ist jedoch nicht notwendig. Sie würde sich negativ auf die Arbeitsbedingungen des Personals auswirken, aber auch auf das Postnetz, das verstärkt mit Finanzierungsproblemen konfrontiert würde. Auch für die Kundinnen und Kunden wird eine Privatisierung negative Auswirkungen haben, mit einer vorhersehbaren Erhöhung der Tarife. Travail.Suisse unterstützt Diskussionen über die Grundversorgung, die zukünftige Entwicklung der Bedürfnisse der Bevölkerung und der Unternehmen. Eine Privatisierung der PostFinance ist jedoch keine Option, da dies mit ihrem Service-public-Auftrag unvereinbar ist.

→ *Travail.Suisse empfiehlt, nicht auf die Gesetzesrevision einzutreten.*

Mittwoch, 8. Juni

19.3373 Mo. Nationalrat ((Kiener Nellen) Seiler Graf). EO-Entschädigungen. Militärdienst und Mutterschaft gleich entschädigen

19.4110 Mo. Nationalrat (Marti Min Li). Betriebszulage bei Mutterschaftsentschädigung von Selbständigerwerbenden

Beide Motionen fordern Korrekturen am Erwerbsersatzgesetz (EOG). Diese sind laut einem kürzlich erschienenen Rechtsgutachten notwendig, um der heutigen sozialen Realität zu entsprechen, in welcher der Mann nicht mehr der alleinige Ernährer der Familie ist. Die Motion 19.3373 fordert die Gleichstellung von Militärdienst und Mutterschaft beim Erwerbsersatz: Der Höchstbetrag des Tagessatzes soll in beiden Fällen gleich hoch sein. Eine zweite Ungleichheit, die im EOG korrigiert werden muss, ist das Fehlen einer Betriebszulage für Selbständigerwerbende im Falle von Mutterschaft. Diese ist bislang nur für Militärdienstleistende vorgesehen. Es gibt keinerlei Rechtfertigung für diese Ungleichbehandlung, denn Selbständigerwerbende müssen auch im Fall von Mutterschaft für laufenden Betriebskosten ihres Unternehmens aufkommen.

→ *Travail.Suisse empfiehlt beide Motionen zur Annahme.*

22.3370 Po. SGK-SR. Care-Arbeit. Erziehungs- und Betreuungsgutschriften aufwerten

Travail.Suisse unterstützt die aus der Frauensession 2021 hervorgegangene Petition, die eine bessere Anerkennung der Care-Arbeit über die Erziehungs- und Betreuungsgutschriften fordert. Denn selbst wenn der fiktive Betrag, der für Erziehungs- oder Betreuungsjahre gewährt wird, zum durchschnittlichen rentenbestimmenden Jahreseinkommen hinzugerechnet wird, erhöht er die AHV-Rente nur geringfügig oder in gewissen Fällen gar nicht. Zudem können nach Erreichen des gesetzlichen Rentenalters keine Gutschriften mehr angerechnet werden. Mit dem von der SGK-SR eingereichten Postulat wird diese Petition weiterverfolgt. Es geht darum, die Bedingungen für den Anspruch auf Gutschriften zu lockern und den Kreis der berechtigten Personen zu erweitern.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

Montag, 13. Juni

21.4339 Mo. Nationalrat (SGK-NR). Den Erwerb von Wohneigentum mit Hilfe der zweiten Säule erleichtern

Diese Motion hat zum Ziel, den Erwerb von Wohneigentum künftig mit einem höheren Kapitalbezug aus der zweiten Säule zu erleichtern. Gemäss geltendem Recht müssen künftige Wohneigentumsbesitzerinnen und -besitzer mindestens die Hälfte der Eigenmittel selber aufbringen, die andere Hälfte dürfen sie aus ihrem Vorsorgeguthaben bei ihrer Pensionskasse beziehen. Travail.Suisse teilt die Einschätzung des Bundesrates und erachtet das makroökonomische Umfeld nicht als angezeigt, die bestehenden Kreditvergabestandards zu lockern und damit das Preiswachstum zusätzlich zu begünstigen. Hinzu kommt, dass von dieser Motion hauptsächlich Gutverdienende profitieren würden, da sie über ein höheres Kapital in der zweiten Säule verfügen. Arbeitnehmende in Tieflohnbranchen werden ausgeklammert und gleich doppelt benachteiligt. Einerseits wegen der fehlenden Möglichkeit, höhere Beträge aus der zweiten Säule zu beziehen und andererseits durch die möglicherweise nochmals stärker ansteigenden Immobilienpreise aufgrund der zusätzlich erhöhten Kaufkraft der Gutverdienenden.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*

21.3440 Po. Rieder. Finanzierung der AHV durch eine Finanzmarkttransaktionssteuer

Die Ausweitung der Geldmenge auf den Finanzmärkten durch bedeutende Zentralbanken hat zu massiven Vermögenszuwächsen bei den Inhabern von Finanztiteln wie Aktien, Obligationen oder Immobilien geführt. Dabei sind diese Zuwächse nicht auf Leistung zurückzuführen, sondern allein auf die politischen Entscheide der Zentralbanken. Als Folge der weltweiten Geldmengenausweitung hat sich die bereits enorm grosse Vermögensungleichheit weiter vergrössert. Travail.Suisse ist überzeugt, dass deshalb die Besteuerung von Finanzmarkttransaktionen erhöht werden muss, zugunsten einer Reduktion der Besteuerung von produktiver Arbeit. Eine Finanzmarkttransaktionssteuer wäre ein wichtiger Schritt, um die Haushaltsbudgets der unteren und mittleren Einkommensschichten zu entlasten, produktive und gesellschaftlich wichtige Arbeit besser anzuerkennen, die Schieflage bei der Vermögensverteilung zu mindern und das wichtigste Sozialwerk der Schweiz langfristig zu finanzieren.

→ *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

22.3228 Mo. Salzmann. Den Mittelstand aufgrund der stark gestiegenen Benzin- und Dieselpreise entlasten. Den Berufskostenabzug für Fahrten zwischen Wohn- und Arbeitsstätte auf 6'000 Franken anheben

22.3243 Mo. Knecht. Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft

22.3244 Mo. Chiesa. Entlastungspaket zugunsten der Bevölkerung und Wirtschaft

22.3356 Mo. Chiesa. Explodierte Benzin-, Diesel- sowie Brennstoffpreise für den Mittelstand und das Gewerbe senken

Die Motion Salzmann sieht vor, dass der Abzug für die Fahrtkosten zwischen Wohn- und Arbeitsort bei der direkten Bundessteuer auf 6'000 Franken erhöht wird. Die anderen Motionen sehen eine Senkung aller Mineralölsteuern auf Brenn- und Treibstoffen vor. Der Anstieg der Preise für fossile Brennstoffe nach dem Ausbruch des Krieges in der Ukraine wirkt sich auf die Haushaltsbudgets aus, vor allem bei niedrigen und mittleren Einkommen. Die vorgeschlagenen Anträge haben jedoch einen Giesskanneneffekt und begünstigen hohe Einkommen, die mehr fossile Energie verbrauchen. Travail.Suisse erachtet vielmehr die Vergabe von Mobilitätsgutscheinen als sinnvoll, um bestimmte Verkehrsmittel nicht zu bevorzugen. So können Arbeitnehmende, für die dies möglich ist, zu einem reduzierten Preis auf den öffentlichen Verkehr umsteigen und Arbeitnehmende, die auf ihr Privatfahrzeug angewiesen sind, erhalten einen Zustupf, um ihre deutlich höheren Benzinkosten abzufedern.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die vier Motionen zur Ablehnung.*

Dienstag, 14. Juni

20.089 BVG-Reform

Auf Anfrage des Bundesrats erarbeiteten die Sozialpartnerdachverbände den BVG-Sozialpartnerkompromiss für eine ausgewogene und sozialverträgliche Reform der beruflichen Vorsorge. Dieser Kompromiss wurde vom Nationalrat und der SGK-S zu Gunsten neuer Modelle zurückgewiesen. Travail.Suisse lehnt diese Vorschläge ab und steht nach wie vor hinter dem Sozialpartnerkompromiss (= Entwurf des Bundesrates). Dieser garantiert eine ausgewogene Reform der beruflichen Vorsorge, indem durch Rentenzuschläge die Senkung des Mindestumwandlungssatzes auf 6% abgefedert und dank der Anpassung der Altersgutschriften und der Halbierung des Koordinationsabzuges stabile Renten und eine Modernisierung des BVG ermöglicht werden. Das von der SGK-S vorgeschlagene Modell sieht keine solidarische Finanzierung vor und belastet tiefe Einkommen, ausserdem sieht es nicht für alle versicherten Arbeitnehmenden Rentenzuschlägen vor. Immerhin ist die Vorlage der SGK-S insgesamt besser als die Beschlüsse des Nationalrates. Travail.Suisse unterstützt die Barauszahlung von Austrittsleistungen von weniger als 2'000 Franken (FZG Art. 5 Abs. 1 lit. c).

- *Travail.Suisse empfiehlt den Entwurf des Bundesrates (= Sozialpartnerkompromiss) zur Annahme.*
- *Travail.Suisse unterstützt den Vorschlag der SGK-S in Art. 5 Abs. 1 lit. c des Freizügigkeitsgesetzes.*

22.3237 Po. Gapany. Invalidenversicherung. Die Wiedereingliederung fördern

Das Postulat fordert vom Bundesrat einen Bericht, damit Massnahmen zur besseren Wiedereingliederung von Rentenbezüger/innen der Invalidenversicherung geprüft werden können. Travail.Suisse setzt sich seit Jahren für die Wiedereingliederung von IV-Rentenbezüger/innen in den Arbeitsmarkt ein. Im Jahr 2017 führte das EDI nach Annahme eines Vorstosses im Ständerat drei Konferenzen durch, um Verbesserungsmöglichkeiten für die berufliche Eingliederung von Personen mit Beeinträchtigungen aufzuzeigen. Nach fünf Jahren kann der geforderte Bericht einen weiteren Impuls mit neuen Massnahmen bringen.

- *Travail.Suisse empfiehlt das Postulat zur Annahme.*

21.032 Entsendegesetz. Änderung

Das Entsendegesetz ist ein zentraler Bestandteil der flankierenden Massnahmen (FlaM) zur Personenfreizügigkeit. Diese sollen die Einhaltung der orts-, berufs- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen garantieren und sicherstellen, dass diese auch auf in die Schweiz entsandte Arbeitnehmende angewendet werden. Die Änderung des Entsendegesetzes will die kantonalen Mindestlöhne in den Geltungsbereich des Entsendegesetzes integrieren, damit auch diese kantonalen Regelungen von Entsendefirmen berücksichtigt und eingehalten werden müssen. Erfolgt diese Änderung nicht, dann gelten für inländische und entsandte Arbeitnehmende unterschiedliche minimale Lohnanforderungen. Dadurch besteht die Gefahr einer Verdrängung inländischer Arbeitnehmender. Wettbewerbsnachteile erleiden aber auch inländische Betriebe, weil sie andere minimale Lohnkosten haben als ausländische Betriebe, welche Dienstleistungen in der Schweiz erbringen. Die Anpassung des Entsendegesetzes ist deshalb zentral.

- *Travail.Suisse empfiehlt das Eintreten auf die Gesetzesvorlage.*

20.4738 Mo. Ettlin Erich. Sozialpartnerschaft vor umstrittenen Eingriffen schützen

Die Motion verlangt eine Änderung des Bundesgesetzes über die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen (GAV). In den GAV enthaltene Bestimmungen zu kantonalen Mindestlöhnen, Bestimmungen zum 13. Monatslohn und Ferienregelung sollen kantonalen Regelungen vorgehen. Da Kantone nicht befugt sind, entsprechende Regelungen zum 13. Monatslohn oder zu den Ferien festzulegen, zielt die Motion ausschliesslich auf kantonale Mindestlöhne. Für Travail.Suisse ist die Sozialpartnerschaft ein entscheidender Vorteil der schweizerischen Wirtschaftsordnung und eine Stärkung ihrer Instrumente, wie etwa die Allgemeinverbindlicherklärung von Gesamtarbeitsverträgen, ist zu begrüssen. Die Bedenken des Motionärs in Bezug auf eine Übersteuerung durch kantonales Recht können von Travail.Suisse nachvollzogen werden. Kantonale Mindestlöhne werden aber

nicht gegen bestehende allgemeinverbindlicherklärte GAV eingeführt, sondern sollen ihre Wirkung in erster Linie in Branchen ohne Sozialpartnerschaft entfalten. Hinzu kommt, dass neue GAV-Bestimmungen, welche zwingendem kantonalen Recht widersprechen, gemäss Obligationenrecht gar nicht allgemeinverbindlich erklärt werden können. Die Annahme der Motion würde somit für Arbeitgebende und Arbeitnehmende zu Rechtsunsicherheit führen und Verhandlungen zu Gesamtarbeitsverträgen erschweren. Die Sozialpartnerschaft würde dadurch nicht geschützt, sondern vielmehr geschwächt.

→ *Travail.Suisse empfiehlt die Motion zur Ablehnung.*